Ä63 (Projekt) Öffentliche Verwaltung zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV)

Änderungsantrag zu 2.4-A

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:
Wir wollen den Öffentlichen Dienst in Brandenburg zum Vorbild für „gute Arbeit“ machen und die Verwaltung attraktiver und leistungsfähiger gestalten. Davon profitieren die Mitarbeiter*innen genauso wie die Bürger*innen. Wir planen eine Ausbildungsoffensive und eine finanzielle Besserstellung der unteren Einkommensgruppen, besonders in der Justiz. Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitsbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Die Übernahme von Führungspositionen auch in Teilzeit und das Rückkehrrecht auf Vollzeit sind für uns selbstverständlich. Wir sorgen für gute Fort- und Weiterbildungsangebote und setzen auf eine konsequente Qualifikation für eine wertschätzende Personalführung. Da, wo Frauen unterrepräsentiert sind, setzen wir uns für eine fünzig Prozent Quote ein, insbesondere in den Führungsebenen und Aufsichtsgremien. Die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten wollen wir im Landesgleichstellungsgesetz ausbauen. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb wollen wir das Gesundheitsmanagement verbessern, jede Verwaltung soll einen eigenen Etat für Gesundheitsangebote bekommen. Die Beteiligungsrechte der Personalräte in den öffentlichen Verwaltungen wollen wir stärken. Befristete Arbeitsverhältnisse, die ohne sachlichen Grund abgeschlossen werden, führen zu prekären Arbeitsbedingungen und verschieben das wirtschaftliche Risiko der Arbeitgeber*innen einseitig auf die Beschäftigten. Deshalb wollen wir, dass im gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund mehr abgeschlossen werden. Betriebe der öffentlichen Hand, die in privaten Gesellschaftsformen geführt werden, müssen der Tarifbindung unterworfen werden. Ausserdem wollen wir langfristig erreichen, dass Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund verstärkt Ausbildungsstellen in den Verwaltungen einnehmen, damit die Verwaltungen auch Probleme dieser Menschen in ihrem Handeln mehr reflektieren und berücksichtigen können und das Vertauen von Zuwanderern in die Verwaltung sich erhöhen kann.

Begründung

Mündlich